

In 30 Jahren: Von der Hilfe zur Kooperation

Rückblick und Bilanz zum 30. Jahrestag der demokratischen Neueröffnung der Leipziger Universität / 4. Teil: Die Universität in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft 1962 bis 1976
Von Dr. Dietmar Keller, Sekretär der SED-Kreisleitung

Anfang der sechziger Jahre waren für den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR neue innere und internationale Bedingungen entstanden. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Sicherung der Staatsgrenzen der DDR boten auch für die weitere Entwicklung des sozialistischen Hochschulwesens neue Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen. Die Wissenschaft begann immer unmittelbarer alle Bereiche des politischen, ökonomischen, geistigen und kulturellen Lebens zu durchdringen. Durch eine kluge Wissenschafts- und Hochschulpolitik der Partei und der Befähigung und verantwortungsbewusste Arbeit vieler Wissenschaftler wuchs die Wissenschaft und das Hochschulwesen der DDR immer mehr internationale Achtung und Anerkennung. Diesen neuen Entwicklungsfaktoren Rechnung tragend, beschloß der VI. Parteitag der SED 1963 eine umfassende Konzeption für die Erhöhung des Bildungsniveaus aller Werktätigen auf der Grundlage eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems. Deswegen bestand darin, die soziale Revolution auf den Gebieten der Ideologie, Bildung und Kultur weiterzuführen. Eine tragende Säule für die weitere Entwicklung des sozialistischen Hochschulwesens war die Notwendigkeit, sich stärker am Weltstand der Wissenschaft, der auf vielen Gebieten von der Sowjetwissenschaft verkorperlicht wurde, zu orientieren. Dafür gab es im Hochschulwesen bereits gute Vorleistungen. So bestanden im Jahre des VI. Parteitages in 60 Instituten der Karl-Marx-Universität 43 Wissenschaftskontakte zu 88 wissenschaftlichen Kollektiven sowjetischer Bildungsrichtungen, auch wenn die qualitative Wirksamkeit noch sehr unterschiedlich war.

Ein umfangreicher Informations- und Besuchsaustausch erweiterte die Kenntnis der beiden Partner über die wissenschaftlichen Vorgehen und Erkenntnisse. So wählte 1965 auch der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Prof. F. Fedosejew, zu einem Informationsbesuch an der Karl-Marx-Universität. Diese wenigen Beispiele verdeutlichen eine historisch neue Qualität in den Wissenschaftsbeziehungen beider Länder, die immer mehr zu echten kooperativen Beziehungen sich entwickelten.

Im Jahre 1969 arbeiteten 19 Universitäten und Hochschulen der DDR auf der Grundlage von 39 Freundschaftsverträgen mit 34 Universitäten und Hochschulen der UdSSR zusammen. Diese breite gemeinsame Arbeit mündete im Juni 1969 in den Abschluß der ersten Direktvereinbarung zwischen dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR und dem Ministerium für Hochschulbildung und mittlere Spezialausbildung der UdSSR. Von den Beratungen beider Ministerien gingen auch die Impulse für die Einberufung der I. Gemeinsamen Rektorenkonferenz der Partnerhochschulen der DDR und der UdSSR aus, die im Rahmen der 550-Jahrfeier der Rostocker Universität 1969 stattfand und die erste Rektorenkonferenz überhaupt war, die die DDR und die UdSSR jeweils mit einem anderen sozialistischen Land durchführte. Sie nahm eine erste Zusammenfassung der Erfahrungen der bisherigen Arbeit vor und gab eine einheitliche Orientierung für die künftige Zusammenarbeit. Höhepunkt der gemeinsamen ideologisch-theoretischen Arbeit war der 100. Geburtstag von W. I. Lenin, von dem heute noch die Publikationen „Lenin und die Wissenschaft“ und „Lenins Lehre lebt“ bezeugen. Mit dem VIII. Parteitag 1971, der eine entscheidende Zäsur auch für die Entwicklung des Hoch- und Fachschulwesens unserer Republik darstellte, wurden auch Ziel und Weg der weiteren konsequenten Vertiefung der Kooperation mit der Sowjetwissenschaft abgesteckt. Bereits am 9. Juni 1971 wurde eine Vereinbarung über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen der UdSSR und der DDR für die Jahre 1971 bis 1975 unterzeichnet. Sie stellte die Grundlage für eine langfristige, planmäßige und auf Schwerpunkte orientierte effektive Zusammenarbeit der beiden Hochschulwesen dar, nannte die Aufgaben und Gebiete der Zusammenarbeit und wie auch die konkrete Form zu ihrer Verwirklichung. Davon ausgehend forderte die II. Gemeinsame Rektorenkonferenz der Partnerhochschulen der DDR und der UdSSR im Oktober 1971 in Moskau, alle Möglichkeiten zur Erhöhung des Niveaus auf allen Gebieten und in allen Arbeitsbereichen des Hochschulwesens beider Länder zu nutzen. Es war der Ausdruck der hohen Wertschätzung des sowjetischen Hochschulwesens, daß die Regierung der DDR aus Anlaß des 29. Jahrestages des Studiums junger DDR-Bürger in der UdSSR im Oktober 1971 die Moskauer Lomonossow-Universität, die Scharow-Universität Leningrad und die Hochschule für Energiewesen in Moskau, die großen Anteil an der Ausbildung von Kadern aus der DDR hatten, mit dem Orden „Banner der Arbeit“ auszeichnete. Aus den ersten 87 Studenten des Jahrganges 1951 waren inzwischen 6000 Absolventen aller Studienformen geworden, von denen mehr als 500 als Hochschullehrer und Wissenschaftler tätig waren.

Durch die konsequente Politik der Partei und die verantwortungsbewußte Arbeit vieler Wissenschaftler wurden die Beschlüsse des VIII. Parteitages im Bereich des Hochschulwesens Schritt für Schritt mit Leben erfüllt. Ende 1972 hatten die 27 Universitäten und Hochschulen der DDR, die dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen unterstellt waren, zu 55 sowjetischen Hochschulen vertragliche Beziehungen auf der Grundlage von Freundschaftsverträgen. 2300 Studenten besuchten jährlich auf der Grundlage des Studentenaustausches die Sowjetunion. Damit hatten sich seit 1965 etwa 10 300 Studenten am Studentenaustausch beteiligt. Der wissenschaftliche Meinungsaustausch und -streit auf gemeinsamen wissenschaftlichen Konferenzen und Tagungen wirkte sich auf Lehre und Forschung positiv aus. So wurden

allein 1973 auf der Ebene der beiden Ministerien zwei gemeinsame Seminare zu hochschulpädagogischen und -methodischen Fragen organisiert, die sich auf die Lehre sehr fruchtbringend auswirkten. In den Jahren 1972/73 waren mehr als 120 sowjetische Gastprofessoren und -dozenten in der DDR tätig. Und schließlich wurden im Ergebnis der 3. Gemeinsamen Rektorenkonferenz der Partnerhochschulen der DDR und der UdSSR im November 1973 in Dresden 232 Themen für gemeinsame Forschungsarbeiten vereinbart, die in Sammelbänden, Monographien, Lehrbüchern, Lehr- und Vortragmaterialien, in bi- und multilateralen Konferenzen ihren Niederschlag fanden. Innerhalb der internationalen Beziehungen zwischen dem Hochschulwesen stand für die DDR die Beziehung zur UdSSR und für die UdSSR die Beziehung zur DDR an erster Stelle.

Drei Jahrzehnte sind seit der demokratischen Neueröffnung der Leipziger Universität vergangen. Heute ist die Karl-Marx-Universität ein echter Kooperationspartner der Sowjetwissenschaft. 14 vertragliche Beziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen der Sowjetunion, ungezählte Kontakte zu vielen anderen Universitäten und Hochschulen von Moskau bis Nowosibirsk, zu Instituten der Akademien der Wissenschaften der UdSSR und den Sowjetrepu-

Die Universitätsbibliothek abnormierte 570 sowjetische wissenschaftliche Zeitschriften. 60 Prozent der laufend erworbenen Literatur der Institutsbibliotheken kam aus der Sowjetunion. Neue Formen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit erschlossen die Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität mit der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages mit der Staatlichen Schewtschenko-Universität Kiew im Juni 1963. Der Vertrag sah u. a. einen vielseitigen Austausch von Informationen, Publikationen und Wissenschaftlern auf den Gebieten Physik, Mathematik, Biologie und Chemie, die gemeinsame Erarbeitung von Publikationen und die Förderung der Zusammenarbeit der Pädagogik, der Gewerkschafts- und Jugendarbeit. Sowjetische Universitäten durch die staatlichen Leiter vor.

Die Hoch- und Fachschulbeziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, die ihren Ausdruck in 14 direkten Partnerschaftsverbindungen fanden, waren durch eine Konzentration auf bedeutsame volkswirtschaftliche und hochschulpolitische Schwerpunkte gekennzeichnet. 1964 wurden über das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen etwa 380 Wissenschaftler zur Teilnahme an Tagungen und Kongressen in die UdSSR delegiert. Studentengruppen der Fachrichtungen Erdölgeologie, Werkzeugmaschinenbau, Schiffbau, Chemietechnik, Physik und Statistik reisten zu schwachen Berufspraktika in die UdSSR, während sowjetische Gruppen von Studenten der Chemiebiologie, der polygraphischen Industrie und anderer Fachrichtungen in die DDR kamen.

Dieser Entwicklung Rechnung tragend, zementierte der am 12. Juni 1964 abgeschlossene „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ die historischen Errungenschaften beider Völker und ihre Zusammenarbeit auf allen Gebieten des gesell-

schäftlichen Lebens und gab ihr Richtung und Inhalt sowie eine langfristige sichere Perspektive. In Übereinstimmung und als erster Schritt zum Ausbau und zur Konkretisierung des Freundschaftsvertrages wurde am 1. Oktober 1964 ein „Abkommen über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit“ abgeschlossen. Das Abkommen sah Konsultationen und das Zusammenwirken der zentralen staatlichen Organisationen auf den Gebieten der Wissenschaft, Bildung und Kultur vor. Seine Verwirklichung wurde in breiter Front in Angriff genommen. So wurden allein innerhalb des Jahres 1965 so hervorragenden Wissenschaftlern wie dem Rechtswissenschaftler Prof. M. Genkin, Leningrad, und dem Mediziner Prof. M. P. Tschumakow, Leningrad, die Ehrendoktorwürde der Karl-Marx-Universität verliehen. Das war Ausdruck der tiefen Hochachtung der Wissenschaftler der Universität gegenüber der Sowjetwissenschaft, der sowjetischen Kultur und ihren Repräsentanten.

Kampf um die antifaschistisch-demokratische Neugeburt des Hoch- und Fachschulwesens legten, die aufgegangen in enger Kooperation mit der Wissenschaft der Sowjetunion entwickelt sich in unserer Republik eine sozialistische Wissenschaft, die aus dem werktätigen Volk kommt und ihm dient.

Der im Oktober 1973 unterzeichnete Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR wird auch der Wissenschaftskooperation unserer beiden Länder neue Dimensionen erschließen.

ZUM AUSSCHNEIDEN

FRAGEN, DIE UNS BEWEGEN

Um effektive Schritte auf dem Weg zur Abrüstung gehen zu können, bedarf es einer Reihe von Voraussetzungen und historischen Bedingungen. Eine wesentliche Bedingung ist, daß ein bestimmtes Maß politischer Entspannung erreicht ist. Nicht unwesentlicher ist die militärische Stärke des Sozialismus. Beide Faktoren hängen unmittelbar zusammen. Die politische Entspannung ist ja Ergebnis der Veränderung des Kräfteverhältnisses, darunter des militärischen, zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus. Um den Entspannungsprozeß nun auf andere Gebiete, darunter das der Abrüstung, auszudehnen und zu vertiefen, bedarf es der

zen sie führt. In den USA treten z. B. Ideologen auf, die ausgehend von dieser Konzeption schlußfolgern, daß demzufolge jedwede Abrüstung das „Gleichgewicht des Schreckens“ beseitigen und damit zur Quelle von Kriegen würde. James Slesser faßt dies zusammen: „Die Kernwaffen auf beiden Seiten zu vernichten bedeutet, der Sache des Friedens größten Schaden zuzufügen.“ Dies ist geradezu absurd. Was die sozialistischen Staaten anstreben ist, daß ohne die Sicherheit beider Seiten Abrüstung getan wird, schrittweise alle Waffen vernichtet werden. Den Imperialismus auf dieses, seinem aggressiven Wesen fremdes Konzept zu bringen, bedarf es jedoch nicht nur einer ge-

Verteidigungsbereitschaft und Abrüstung?

weiteren Veränderung dieses Kräfteverhältnisses. Dies drückt sich darin aus, daß wir heute in den 5-Jahr-Plänen neue wirtschaftliche Ziele ansteuern, weiter die ideologische Einheit schmieden und unsere Verteidigungsfähigkeit erhöhen. Auf den ersten Blick mag es vielleicht paradox erscheinen, daß die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit Abrüstung hervorbringen soll, die nähere theoretische Analyse deckt aber den untrennbaren inneren Zusammenhang auf und die Praxis bestätigt dies immer wieder. Unser Friedenskonzept basiert darauf, daß, da der Sozialismus nicht nur Frieden braucht, sondern auch Frieden schafft, der Frieden immer sicherer wird, je mehr der Sozialismus voranschreitet. Nicht also ein Gleichgewicht der Kräfte, sondern die Veränderung des Kräfteverhältnisses stabilisiert den Frieden. Das Konzept von „Gleichgewicht“ zielt ja gerade darauf, um über die Konservierung des Status quo einen neuen Anlauf zu nehmen, das Kräfteverhältnis wieder zugunsten des Imperialismus zu verändern. Zeit gewinnen und Kräfte sammeln! Wie wenig die Gleichgewichtskonzeption dem Frieden dient, zeigt nicht zuletzt, zu welchen theoretischen Konsequen-

schiösten Diplomatie, sondern auch und vor allem einer realen militärischen Stärke. Erst dies zwingt die andere Seite an den Verhandlungstisch, erst dies entleert aggressiven Konzeptionen den Boden und schafft so auch die Voraussetzungen für notwendige politische Überlegungen mit militärischen Konsequenzen im westlichen Lager. Das hat die Praxis stets aufs neue bewiesen. Die Geschichte der SALT-Verhandlungen, die erst dann konkrete Ergebnisse brachten, als die UdSSR über ein umfangreiches strategisches Potential verfügte, sind der beste Beweis dafür. Mit gutem Grund kann man auch behaupten, daß die Abrüstungsverhandlungen der 60er und 70er Jahre, die ja doch eine Reihe von konkreten Abkommen (Verbot der B-Waffen, Atomteststoppabkommen, Kernwaffenstoppvertrag usw.) brachten, ausgegangen wären wie die der 20er und 30er Jahre (nämlich ergebnislos), wenn nicht ein starker Sozialismus mit am Verhandlungstisch gesessen hätte. Die Erhöhung der militärischen Stärke des Sozialismus, seiner Verteidigungsfähigkeit, ist so eine wesentliche Voraussetzung, um aus der Forderung nach Abrüstung Wirklichkeit werden zu lassen.

Dr. F. Raaz, Dr. W. Kleinwächter

ARGUMENTE, DIE WIR BRAUCHEN



PROF. S. I. TULPANOW leistete der Leipziger Universität als Leiter der Informationsabteilung der SMAD entscheidende Hilfe bei der demokratischen Erneuerung; heute ist er hochgeschätzter Kooperationspartner.



PROF. N. M. AMOSSOW - weltbekannter Herzdring, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Held der sozialistischen Arbeit - war im März vergangener Jahres Gast der Karl-Marx-Universität. Foto: HFBS

In der nächsten Ausgabe veröffentlicht UZ die Rede des Rektors NPT Prof. Dr. sc. Lothar Rathmann auf dem Festakt zum 30. Jahrestag der demokratischen Neueröffnung der Universität am 5. Februar.